

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Der ruhige Fluß der innenpolitischen Dinge, wie er gewohnheitsmäßig um diese Jahreszeit sich einzustellen pflegt und der diesmal gleichsam auch einem richtigen Atemholen auf die kommenden eidgenössischen Wahlen hin gilt, ist nur durch einige wenige bemerkenswerte Vorgänge belebt worden. Dazu gehört zweifellos der Beschluß des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, eine «Volksinitiative betr. die Rüstungsfinanzierung und zum Schutze der sozialen Er rungenschaften» zu lancieren, welche die Erhebung eines Friedensopfers und von Rüstungszuschlägen zur Wehrsteuer vorsieht. Nun hat man freilich die Herausgabe dieses durchaus demagogischen Machwerkes schon seit längerer Zeit kommen sehen und es kann auch nicht weiter erstaunen, daß diese Herausgabe im Vorfeld der Nationalratswahlen erfolgt; bemerkenswert bei der ganzen Aktion aber ist die Stellung von Bundesrat Nobs, eidgenössischer Finanzminister. Herr Nobs zieht es vor, immer mehr sich dem radikalen Kurs anzuschließen, den seine Partei aus wahlpolitischen Gründen einzuschlagen für zweckmäßig hält, — ein Kurs, welcher eindeutig darauf abzielt, die Lasten der im Interesse des ganzen Volkes notwendigen Rüstung völlig einseitig zu verteilen, indem er durch den Verzicht auf die Getränkesteuer das Korrelat zu der massiven Erhöhung der direkten Steuerbelastung verwirft und damit eine rein demagogische Politik treibt. Daß unter diesen Umständen die Stellung von Bundesrat Nobs im Kreise unserer obersten Landesbehörde immer prekärer wird, kann nicht weiter erstaunen. Demgegenüber ist es doppelt erfreulich, feststellen zu können, daß die übrigen Bundesräte entschlossen sind, trotz solchem Widerstand, in einem zweiten Anlauf, eine gerechte Vorlage für die Rüstungsfinanzierung durchzusetzen, in welcher ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis zwischen der direkten und der indirekten Steuerbelastung enthalten sein soll.

Mit Befriedigung wird man feststellen, daß eine Idee, welche ursprünglich auf eine Anregung des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, Dr. Zipfel, zurückzuführen ist, Gestalt anzunehmen beginnt: es wird eine Vorlage ausgearbeitet, durch welche es der privaten Wirtschaft auf dem Wege steuerpolitischer Maßnahmen ermöglicht werden soll, Arbeitsbeschaffungsreserven für Zeiten des Rückgangs der wirtschaftlichen Tätigkeitslage zu äufnen. Eine solche Vorlage ist sicher zu begrüßen, weil damit zu rechnen ist, daß die gegenwärtige Konjunkturlage im Laufe der Entwicklung durch eine Baisseperiode ersetzt wird, welche zwar nicht das Ausmaß einer eigentlichen Krise annehmen dürfte, wie wir sie in den Dreißigerjahren erlebten, die aber doch einen Rückgang der Beschäftigungslage bringen wird. Der Präsident der Basler Handelskammer, Dr. h. c. Carl Koechlin, hat im übrigen zu dem Projekt bemerkt, es müsse dafür gesorgt werden, daß nicht in der Vorlage ein zu großes Mitspracherecht der Verwaltung niedergelegt sei; und es wäre tatsächlich zu be-

dauern und würde den guten Zweck der Maßnahme in bedeutsamer Weise beeinträchtigen, wenn die Ausführung der Idee, wie in so manchen andern Fällen, auch hier sich in der Wirrnis der bürokratischen Apparatur verfangen sollte.

Mit großer Befriedigung und wohl einhelliger Zustimmung — die kommunistische Opposition zählt bei uns praktisch nicht — hat das Schweizervolk die Ausführungen vernommen, welche der Chef des eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Petitpierre, zum Problem der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz, in Beantwortung einer Interpellation Boerlin, in der Junisession des Nationalrates gemacht hat. Der bundesrätliche Sprecher gab dabei einen zusammenfassenden Überblick zu der Beteiligung unseres Landes an internationalen Organisationen, indem er sich besonders eingehend mit unserer Stellung im Rahmen der «Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit» befaßte. Mit Recht gab der Redner seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es aus politischen Gründen nicht gelungen sei, die Staaten des europäischen Westens mit den Staaten des Ostens zusammenzufassen, wie dies ursprünglich geplant war. Gleichzeitig betonte er aber, daß die Stellung der Schweiz im Rahmen der OEEC mit Bezug auf ihre neutrale Grundhaltung völlig unbestritten sei, indem wir uns außerhalb jeder politischen Allianz halten, welche die Mitgliedstaaten unter sich oder mit andern Mächten abgeschlossen haben; auch sind die Vorbehalte, die wir mit unserem Beitritt verknüpft haben, durchaus respektiert worden, wie uns denn die Einstimmigkeitsklausel die Garantie gibt, daß wir uns jedem diesen Vorbehalten widersprechenden Beschluß mit Erfolg widersetzen können. Auf Grund seiner Ausführungen ging ein durchaus zufriedenstellendes Bild über unsere Stellung im Rahmen der OEEC hervor; allein man darf daran vielleicht die Bemerkung knüpfen, die in einem jüngsten Votum von Ständerat Dr. Speiser zum Ausdruck kam: daß wir im Rahmen unserer Zusammenarbeit in dieser Organisation stets auf der Hut sein müssen, um nicht mit der Zeit von außen her in Verstrickungen planwirtschaftlicher Natur hineingezogen zu werden, die wir nach unserer ganzen Einstellung konsequent ablehnen müssen.

Der Chef des eidgenössischen Politischen Departementes hat einleitend mit aller Bestimmtheit betont, daß es uns unmöglich sei, an den eigentlichen Arbeiten der Vereinten Nationen teilzunehmen. Und tatsächlich ist die Entwicklung der internationalen Lage nicht so, daß ein solcher Entschluß in absehbarer Zeit ins Auge gefaßt werden könnte, so sehr auch die Hoffnung aller dahin geht, es möge eines Tages eine weitgehende Verständigung unter den großen Reichen der Welt eintreten, durch welche die Vereinten Nationen ihrer wahren Bestimmung zugeführt würden, — womit auch für unser Land die Zeit neuer Entschlüsse gegeben erschiene. Allein die Entwicklung der allgemeinen Lage läßt eine solch' optimistische Voraussicht vorerst nicht zu. Wir sehen freilich die Politik der Sowjetunion heute wieder in einer ähnlichen Lage wie zur Zeit des Sommers 1949, als die Berliner Blockade abgebrochen wurde. Während dort der hartnäckige Entschluß der westlichen Mächte, die Position in Berlin zu halten, sich durchsetzte, stehen wir heute einem ähnlichen, wenn auch mit viel schärferen Konturen gezeichneten Bild gegenüber: angesichts der unerbittlichen Rüstungspolitik der Vereinten Staaten und ihrer gleichzeitig geschickt zurückhaltenden Kriegführung in Korea zieht es Moskau vor, dort einstweilen abzubrechen, soweit die Bedingungen, welche die Generäle des Präsidenten Truman heute ohne Zweifel zu stellen in der Lage sind, dies überhaupt zulassen. Allein wie dem auch sei: es hat sich erwiesen, daß die Politik der Sowjet-

union sich zu einem zweiten bedeutsamen Rückzug zu entschließen hat; und so sehr der Abbruch der Berliner Blockade vor zwei Jahren die Position Moskaus im gesamtdeutschen Rahmen beeinträchtigte, so bedeutsam werden die Konsequenzen der neuen koreanischen Lage auf die Position Moskaus im Fernen Osten sein, wenn sie auch jetzt noch keineswegs zu übersehen sind. Es kann aber der unbestreitbare Erfolg der Politik der Westmächte gegenüber dem kommunistischen Angriff in Korea nur dann gesichert werden, wenn die Rüstung ohne irgendwelches Zögern fortgesetzt wird. Man nimmt an, die Vereinigten Staaten werden in diesem Sinne handeln. Anders freilich ist die Lage bei den Alliierten des europäischen Westens. Es brauchte nur einen ersten kleinen Hoffnungsschimmer, und schon begann dort der Rüstungswille nachzulassen. Die Gründe sind schon oft dargelegt worden; ihre teilweise Bestätigung in den Wahlen dieses Sommers ist offensichtlich. Man ersieht daraus, daß die Stellung der Sowjetunion noch keineswegs ernstlich getroffen ist. Die Lage ist also nach wie vor durch eine große Unsicherheit gekennzeichnet.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Im großen und ganzen haben sich die Wahlen vom 17. Juni als ein Sieg der Mäßigung erwiesen. Es scheint paradox, aber alle großen Parteien können in dem Ergebnis Grund zur Befriedigung finden. Keine hat wirklich Anlaß, einen Triumph zu feiern oder einen unglücklichen Ausgang zu beklagen. Sieg oder Niederlage der verschiedenen Parteien haben einen durchaus relativen Charakter; im gesamten aber hat sich das Ansehen der neuen Nationalversammlung im Vergleich zur alten merklich verändert.

Verschiedenes ist für das Wahlergebnis kennzeichnend und wichtig:

Zuerst die wunderlichen Resultate dieser Wahlen. Mit vollem Recht freut man sich, daß die Kommunisten von ihren 180 Sitzen 75 verloren haben. Ihr Stimmenverlust beträgt aber nur 7 %, also 440 000 Stimmen. Man sagt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Hausse der Preise, die Wohnungskrise seien die Hilfstruppen der extremen Linken gewesen. Das ist wahr. Nicht weniger wahr ist aber auch, daß 4 1/2 Millionen Wähler für die Partei der Fünften Kolonne, für den russischen Vorposten im Westen stimmten. Die Verringerung der parlamentarischen Streitkräfte des P. C. ist ein glückliches Ereignis; sie stellt aber nur eine Seite des Problems dar. Es zeigt sich immerhin, daß in Paris und im Seinedepartement, wo der Proporz aufrechterhalten wurde, die Kommunisten vier Mandate verlieren. Berücksichtigt man die monatelangen propagandistischen Anstrengungen, die dafür ausgegebenen enormen Summen und den Feldzug «für den Frieden» — die Kommunisten glaubten, das Monopol dafür zu besitzen —, dann ist das kommunistische Zurückweichen doch ein bedeutungsvolles Zeichen.

Die neue Kammer

verdankt ihre Zusammensetzung vor allem dem Wahlgesetz, das heißt dem System der Listenverbindungen, dessen Annahme die Abgeordneten der Mehrheitsparteien vor ihrem Auseinandergehen nicht ohne Mühe erreichten. Dank diesem schlaue erdachten, raffinierten System haben die Regierungsparteien in sehr vielen Wahlbezirken die absolute Mehrheit an sich gerissen. Die volksrepublikanische Bewegung (M.R.P.), die mehr als die Hälfte ihrer Bestände, das heißt 2 704 000 Stimmen

verliert, behält noch 85 Sitze. Man hatte dieses Zurückweichen erwartet; immerhin stellt es keinen Zusammenbruch dar, wie man etwas voreilig verkündete. Das M.R.P. besitzt noch starke Stellungen im Elsaß, im Norden und Osten und bleibt weiterhin ein wichtiges Element des öffentlichen Lebens. Die Sozialisten haben ihrerseits ihre Stellungen gewahrt und sogar verbessert trotz des Verlustes von 660 000 Stimmen. In der neuen Nationalversammlung haben sie statt den bisherigen 100 Sitzen nun 103 inne.

Die Handhabung des neuen Gesetzes hat sich voll zu Gunsten dieser beiden Parteien ausgewirkt. Um das zu zeigen, genügen einige Beispiele: In der Dordogne sind dank der Listenverbindung sowohl der M.R.P.-Abgeordnete wie auch der Unabhängige — jeder mit 14 000 Stimmen — durchgekommen, während die kommunistische Partei mit ihren 61 000 Stimmen keinen Sitz erhält. Im Hérault tut sich das Fehlen jeder Logik noch viel deutlicher kund: Moch und seine sozialistischen Mitkandidaten verlieren 8000 Stimmen und gewinnen zwei Sitze, während die Kommunisten, die doppelt so viel Stimmen haben, ihre zwei Mandate verlieren. Über diese Art von Wahlen — von der man fast sagen kann, sie sei nicht ganz einwandfrei — empfinden ihre Opfer tiefen Groll. Sicher brauchte es nicht mehr viele solcher Erfahrungen, um das allgemeine Wahlrecht in Mißkredit zu bringen und dabei die «revolutionäre Temperatur des Proletariats», wie Jaurès das nannte, steigen zu lassen. Deshalb möchten auch einige der Gewählten sofort nach Eröffnung der Nationalversammlung das gegenwärtige Gesetz durch Bezirksabstimmungen in zwei Wahlgängen ersetzen, die der Tradition entsprechen und bei der Bevölkerung beliebt sind. Wenigstens glauben das die Radikalen und die Unabhängigen, die mit der Bauerngruppe einen Mehrheitsblock von 180 Abgeordneten bilden, dessen Einfluß auf die Nationalversammlung ganz von dem Grad seiner Festigkeit abhängen wird.

Die Ungewißheit über die Absichten des R.P.F. ist vorüber; die Urnen haben das Geheimnis des Rassemblement preisgegeben. Sein Sieg ist nicht überwältigend. Nur ein Teil des Landes ist dem Ruf General de Gaulles gefolgt, dessen Stellung zur Verfassung unsomehr beunruhigte, als er sich nicht klar darüber äußerte. Viele glaubten — mit Recht oder zu Unrecht — die Ankündigung eines cäsarischen Abenteuers, einer Volksabstimmung à la Napoleon III. zu erkennen, die den General in eine ähnlich unsichere Lage gebracht hätte wie den «Prince-Président».

Das R.P.F. wird mit seinen 120 Sitzen eine bedingte Opposition im Parlament bilden, aber nicht so weit gehen, die parlamentarische Arbeit systematisch zu behindern. De Gaulle lehnt es indessen nach wie vor ab, sich an andere zu binden, sich mit anderen politischen Gruppierungen bloßzustellen, die er, heute wie gestern, zu hoffnungsloser Ohnmacht verurteilt glaubt. Er zeigt sich ebenso hart gegen die Gemäßigten wie gegen die Kommunisten. Er urteilt über sie alle mit dem gleichen verantwortungsvollen Hochmut eines Mannes, der über den gewöhnlichen Sterblichen steht, der sich für die Zukunft aufspart und der, wie er sagt, wie er glaubt und hofft, «die letzte Instanz des Landes» bleibt.

Welchen Weg wird die Nationalversammlung einschlagen?

Auf welche Weise wird sie die vox populi auslegen? Zwischen den 5 Millionen kommunistischer und den 4 Millionen gaullistischer Wähler behauptet sich die «Dritte Kraft», die man jetzt die «Vierte Kraft» nennt, seitdem sie durch die Gruppe der Bauern verstärkt wurde und — gering gerechnet — 9 Millionen Wähler vertritt. Diese ohne Zweifel amorphe, aber traditionsgemäß der Mitte angehörende Masse sichert den Bestand des Landes. Hier fanden schon Henri IV. nach den Religionskriegen, Bonaparte nach der Schreckensherrschaft, die Nationalversammlung nach Sedan den Rückhalt für eine Politik der Mäßigung, die in Frankreich stets den Anfang des Wiederaufstiegs gekennzeichnet hat.

In der Praxis zeigen sich aber nach wie vor starke Gegensätze der Parteien. Es wäre allzu kühn gewesen, sich einzubilden, die solide Listenverbindung könnte Herr dieser grundlegenden Meinungsverschiedenheiten werden. Im Verlauf des Wahlfeldzuges wurden keinerlei Probleme berührt, aber jetzt werden sich die verschiedenartigen Programme gegenüberstehen. Ohne Zweifel ist die finanzielle Frage die heikelste, denn das Budget weist ein Defizit von 150 Milliarden auf. Die Wiederherstellung eines geordneten Staatswesens durch eine Verfassungsreform, eine Ausarbeitung der Streikgesetze, eine Reform der Sozialversicherung, endlich noch das Problem der Schulen — das sind alles Fragen, zu denen die Parteien Stellung nehmen müssen. Wird zwischen der Idee der vom Staat gelenkten Wirtschaft der einen und dem Liberalismus der andern eine Versöhnung möglich sein? Das ist eine der ersten Fragen, auf welche die Mehrheit von morgen antworten muß.

Namens der vereinigten Linksrepublikaner (R.G.R.) hat sich Daladier mit den Gemäßigten über ein Programm geeinigt, das eindeutig gegen die vom Staat ausgeübte Vormundschaft gerichtet ist. Sein Wunsch wäre es, eine mächtige parlamentarische Gruppe zu bilden, die ihn zu einem der größten Parteiführer der Nationalversammlung machen würde. Aber durch Meinungsverschiedenheiten im Schoß der radikalen Partei selbst wird seine Aufgabe sehr erschwert. Die zwischen den beiden «Eduard» herrschende, trotz Einigkeitsbezeugungen sehr stark gebliebene Rivalität wird ihm — wenigstens jetzt — nicht gestatten, die ganze Partei mitzureißen, die der «Herriot'sche» Einfluß hindert, alte ideologische Neigungen zu verleugnen. Es ist bezeichnend, daß Daladier den Ausschluß der Kommunisten aus allen staatlichen Verwaltungen in sein Programm aufgenommen hat. Wird ihm das gelingen? Ein Geheimnis von morgen.

Die S.F.I.O. hat bereits bekanntgegeben, daß sie ebensowenig in der Schulfrage — dem wunden Punkt ihrer Beziehungen zu der M.R.P. —, wie in der Verfolgung einer Politik sozialer Reformen zu Konzessionen bereit sei. Der Sozialistenkongreß hat in Ausdrücken von seltener Unnachgiebigkeit die Bedingungen seiner Beteiligung an der Regierung aufgestellt. Sie schließen jede Möglichkeit eines «Rucks nach rechts» aus. Die Bildung des neuen Kabinetts wird dadurch nicht gerade erleichtert, da es dem Willen eines großen Teils der Wähler Rechnung tragen muß, der die bei der S.F.I.O. in Gunst stehenden, die Vormundschaft des Staates befürwortenden Tendenzen verurteilt hat.

Die Frage ist also, ob die Sozialisten einwilligen, sich an einer Regierung zu beteiligen, die entschlossen wäre, den Forderungen der gemäßigten Parteien zu ihrem Recht zu verhelfen. Lehnen sie es ab, so halten sie sich wahrscheinlich an eine «Unterstützung ohne Beteiligung» oder vielleicht an die noch weniger fest umrissene «unterstützende Opposition», die ihnen die vorteilhafte Stellung der Anwartschaft ließe. Es ist ja Tatsache, daß die S.F.I.O. eine Krise durchmacht, die — auch wenn man ihren Grad berücksichtigt — derjenigen ganz gleich ist, welche die Labour Party erlebt. Inzwischen fragt man sich je länger je mehr, ob die Exekutive im neuen Parlament nicht ebenso unbeständig sein wird wie in der vorhergehenden Legislaturperiode. Aber es ist zweifelhaft, ob sich alle Wähler damit abfinden; denn viele haben durch ihre Stimmabgabe den Wunsch nach einer Stärkung der Exekutive und einer Reform der parlamentarischen Sitten ausgedrückt. Es wäre sehr schlimm, wenn man sie enttäuschte und eine Kluft zwischen dem Volk und seinem Parlament sichtbar würde.

Auf diesen Augenblick wartet aber

General de Gaulle,

um sich als den vom Schicksal gesandten Mann zu zeigen. Die Abgeordneten des R.P.F. zählen tatsächlich sehr darauf, nicht während der ganzen Legislaturperiode

außerhalb der Regierung zu bleiben, denn für eine auf der Volkstümlichkeit eines einzigen Mannes beruhende politische Gruppierung ist es schwer, sich lange auf der Höhe zu halten, ohne daß dieser Mann zur Macht gelangt. Inzwischen bemühen sich die gaullistischen Abgeordneten, die gemäßigten Gruppen ins Schlepptau zu nehmen, sie dadurch von der Regierungsmehrheit abzulenken und — ihren Wünschen entsprechend — zu erreichen, daß die Stunde des Generals etwas früher schlägt. Die Sozialisten und die christlichen Demokraten wollen ihrerseits diese Berechnung durchkreuzen und suchen deshalb — trotz des störenden Schulproblems — eine Basis zu gegenseitigem guten Einvernehmen. General de Gaulle flößt beiden große Furcht ein, und das wird sie ohne Zweifel nochmals einander nahe bringen, wie in der vergangenen Legislatur. Bidault schreibt man folgenden, die Lage gut wiedergebenden Ausspruch zu: «Ein Schlag mit dem Weihwasserwedel ist weniger gefährlich als ein Hieb mit dem Säbel».

Auf jeden Fall gibt die allgemeine Lage den Ausschlag. In der neuen Kammer wird ohne Zweifel

die Wirtschafts- und Finanzpolitik

den Stein des Anstoßes bilden. Und wenn auch viele Sozialisten die «Hypothek der Rechten auf die Legislatur» (wie sie es nennen) löschen möchten, so sind doch Parteiführer wie z. B. Paul Reynaud von der engen Beziehung der sozialen Frage zum Finanzproblem überzeugt und betonen die dringende Notwendigkeit, die Entwertung des Frankens aufzuhalten. Paul Reynaud sagt ohne Zögern, daß die Politik, welche seit der Befreiung die Zerstörung der Kaufkraft des Frankens hervorrief, sich schließlich auch antisozial auswirkte, indem sie die Lohnempfänger aufs grausamste traf. «Sozial sein heißt, zuerst einmal den Franken verteidigen», ist der neueste, vom früheren Präsidenten des Rates der Republik soeben geprägte Slogan, der die Nationalversammlung davon überzeugen soll, daß die Verringerung der öffentlichen Ausgaben eine sich gebieterisch auferlegende Notwendigkeit ist. Dieses von so hervorragenden Radikalen wie Daladier und Abel Gardey aufgegriffene Thema zeugt von dem Wunsch, mit den alten demagogischen Auffassungen zu brechen. Eine der ersten Reformen, die auf diesem Gebiet dringend nötig sind, ist die Sozialversicherung, die zum Sinnbild der durch die staatliche Bevormundung hervorgerufenen Mißstände geworden ist. Gewisse Abgeordnete möchten ihr — ohne die Rechte der Lohnempfänger zu schmälern — eine neue Basis geben. Es würde sich darum handeln, der Sozialversicherung ihre wahre Bedeutung wiederzugeben: sie soll eine Versicherung gegen die Gefahren des Lebens sein und nicht eine Sinekure für die Allzugeschickten. Die der jetzt beginnenden Legislatur drohende Gefahr liegt also scheinbar in einer durch den Druck der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse möglicherweise eintretenden Zertrümmerung eines Mehrheitsblocks, der noch auf der Suche nach einem gemeinsamen Nenner ist.

Die Nationalversammlung wurde am 5. Juli eröffnet; Alterspräsident war Pébellier. Dieser rüstige Greis von 85 Jahren ist der Vater eines früheren Abgeordneten, der nicht mehr gewählt werden kann, weil er 1940 mit den meisten seiner Kollegen den unbeschränkten Vollmachten für Marschall Pétain zugestimmt hat. Da sie den Sohn nicht wählen konnten, haben die Wähler der Haute Loire für den Vater gestimmt, als Protest gegen eine von ihnen für ungerecht gehaltene Maßnahme. Ein Zeichen der Zeit! Im ganzen Land sind es viele und im Parlament einige, die gewünscht hätten, dieses Zeichen sei gleichzeitig auch das der Ausöhnung aller Franzosen. Eines sei sicher: die Zeit der zweierlei Staatsbürger ist vorüber, und ganz Frankreich wünscht in Ruhe zu arbeiten. Die hoffentlich dauerhafte internationale Entspannung sollte dazu ebenso beitragen wie der Sieg, den die Vernunft am 17. Juni errungen hat.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Washington

Dieser Bericht wurde am Vorabend der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea verfaßt, zu einem Zeitpunkt, in dem es gewagt ist, die gegenwärtige Lage und die zukünftige Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik eindeutig abzugrenzen. Doch bleiben die Grundkräfte, die dieser Politik Gestalt geben, verhältnismäßig unverändert. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Hauptprobleme, die die Leiter der Washingtoner Politik zu lösen haben, dieselben bleiben werden, wenn in Korea auf den Kampf ein fauler Friede folgt, was jetzt wahrscheinlich ist.

Seit langem weiß es die Welt und beklagt sich oft darüber, daß

die amerikanische Außenpolitik

nie festgelegt ist. Zwar ist es eine feststehende Tatsache, daß sich im Gefolge des zweiten Weltkriegs ein engeres Zusammenarbeiten der beiden großen Parteien bei der Gestaltung und Leitung der amerikanischen Außenpolitik zu verwirklichen schien. Ein bemerkenswertes Zeichen dieses Fortschritts war die Rolle, die die Vereinigten Staaten bei der Schaffung und Verwirklichung des Atlantikpaktes spielten. Jene aber, die glaubten, daß damit eine ganz neue Ära angebrochen sei, täuschten sich. Der tiefe Riß ist immer noch da, und der gefühlsmäßige Isolationismus ist in den Vereinigten Staaten immer noch sehr stark und die innerpolitischen Machenschaften werden besonders am Vorabend der nationalen Wahlen von der beherrschenden Stellung der Vereinigten Staaten in den Weltgeschäften stark beeinflußt werden. Jetzt schon schielen die politischen Gegner des Präsidenten Truman nach den bevorstehenden Verhandlungen im Fernen Osten, um dort Material für den Wahlfeldzug des nächsten Jahres zu sammeln.

Die Entlassung General MacArthurs hat die letzten Reste der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien bei der Leitung der Außenpolitik weggefegt. Die Gegner der Regierung haben sich alle Mühe gegeben, für sich so viel als möglich aus diesem Ereignis herauszuholen und politische Vorteile zu ergattern, und die «hearings» vor dem Kongreß können als erster Teil einer Debatte betrachtet werden, die wenigstens 15 Monate lang toben wird.

Bevor wir uns den Hauptbelangen dieser Debatte zuwenden, mögen ein paar Bemerkungen über General MacArthur am Platze sein. In gewissen Kreisen ist man der Ansicht, daß der abgesetzte General einen wichtigen Faktor in der Wahlkampagne des Jahres 1952 bilden wird. Ihr Korrespondent möchte das bezweifeln. MacArthur ist von den führenden Köpfen der Regierungsgegner zu einer Art Symbol erhoben worden; sie haben aus seiner Person vollen Nutzen gezogen. Wenn sie ihn nun weiterhin im Mittelpunkt des Blickfeldes beließen, würden sie die Wähler nur von ihren eigentlichen Zielen ablenken. Es ist deshalb wahrscheinlicher, daß sie ihn allmählich im Hintergrund verschwinden lassen, wie er es nach eigenen Aussagen wünscht. (Es sind allerdings Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß er sich nicht freiwillig beiseite schieben läßt. Immerhin scheint seine Kraft nach der einmaligen Anstrengung verbraucht zu sein.) Hätten sich die Vorfälle des vergangenen Frühjahrs ein Jahr später zugetragen, dann hätte die Geschichte leicht eine ganz andere Wendung nehmen können. So aber wird die ganze Angelegenheit altbacken und ziemlich uninteressant sein, wenn sich nach Jahresfrist die politischen Parteileitungen versammeln werden und der Wahlfeldzug seinem Höhepunkt zustrebt.

Obwohl nun aber die Persönlichkeit des Generals wahrscheinlich an Bedeutung viel verlieren wird, werden die Ideen, die er in der letzten Zeit verkörpert hat, ihre Kraft behalten. Um das richtig verstehen zu können, muß man sich darüber klar sein, daß viele der unentwegtesten Verfechter der Sache MacArthur zu den Isolationisten gehören. Das ist die Wahrheit, wie unmöglich dies auch scheinen mag;

denn eine genaue Untersuchung des Falles zeigt deutlich, daß der General nichts anderes als einen Präventivkrieg verlangt. Die seltsame Verbindung zwischen MacArthur und den Isolationisten der alten Schule ist verständlich, wenn man ihre gemeinsamen Berührungspunkte genauer betrachtet:

Zunächst sind die Isolationisten immer gegen jede Art «Verstrickung» in Bündnisse gewesen und lehnen es ab, mit Alliierten zusammenzugehen. Deshalb stimmen sie einem Manne zu, der gewillt ist, «es allein zu schaffen».

Zweitens hat sich

der amerikanische Isolationismus

aus naheliegenden historischen Gründen immer bemüht, den europäischen Angelegenheiten fernzubleiben. Darin liegt ja gerade seine Bedeutung, und was jetzt geschehen ist — die letzten paar Monate haben es unzweideutig bewiesen —, ist bildlich so zu erklären: die Isolationisten haben sich so radikal und heftig von Europa abgewandt, daß sie in ihrer Bewegung nach Westen bis weit in die Räume des pazifischen Ozeans gelangt sind, wo sie sich jetzt zuhause fühlen, so daß sie in jenem Teil der Welt sogar einer äußerst aggressiven Politik das Wort reden, ohne dabei wahrzunehmen, wie widerspruchsvoll ihre gegenwärtige Lage ist.

Das Ende der Feindseligkeiten in Korea wird die Schwierigkeiten der Regierung keineswegs verringern, sondern im Gegenteil vermehren. Sie wird noch mehr Mühe haben, im Kongreß eine Mehrheit für ihre Außenpolitik zu gewinnen, in welcher Westeuropa und die Zusammenarbeit mit den freien Völkern im Rahmen des Atlantikpakts an erster Stelle stehen. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich die politische Lage im Fernen Osten rasch stabilisieren wird. Das Formosa-Problem und die Frage der Beziehungen zu Tschiang Kai-Schek werden auch weiterhin ein Dorn im Fleisch des Präsidenten bleiben. Man wird ihn dazu drängen, im Fernen Osten eine starke Stellung aufzurichten, während er dasselbe in Westeuropa zu verwirklichen wünscht.

Wenn es zu einem Waffenstillstand in Korea kommt, wird eine gewisse

nationale Entspannung

nicht zu vermeiden sein. Dieses Nachlassen der Anstrengungen in Verbindung mit dem Bestreben des Kongresses, die Regierungsausgaben herabzusetzen, wird die Probleme der Administration noch vermehren. Heute schon warnen hohe Regierungsbeamte das Land vor den Folgen, die ein Nachlassen der Entschlossenheit haben würde. Wir dürfen überzeugt sein, daß die Regierung alles unternimmt, um ihr Programm restlos und pünktlich durchführen zu können. General Eisenhower, der vielleicht nochmals zurückkehren wird, um erneut vor dem Kongreß für die Sache des Atlantikpaktes zu plädieren, darf als starke Stütze jener Kreise betrachtet werden, welche die Außenpolitik der Regierung begünstigen.

In den kommenden Monaten sind verschiedene wichtige Ereignisse zu erwarten, auf die man sein Augenmerk während der heftigen Debatten über die amerikanische Außenpolitik richten sollte und die wie Meilensteine an der Straße der fortschreitenden Ereignisse hervorragen werden. Es lohnt sich, einige davon hier zu erwähnen:

1. *Der Friedensvertrag mit Japan* wird wahrscheinlich im Frühherbst zur Unterzeichnung bereit sein. Die Ratifikation dieses Vertrags durch den amerikanischen Senat wird ein Signal sein für das Wiederaufleben der Debatte und das Feststellen der Verantwortlichkeiten bei der Leitung der fernöstlichen Angelegenheiten. Man darf hingegen kaum daran zweifeln, daß der Vertrag ratifiziert wird.

2. *Das Hilfsprogramm für das Fiskaljahr 1952* wird in den nächsten paar Wochen im Kongreß zur Behandlung gelangen. Obwohl keine Opposition größeren Ausmaßes gegen die allgemeinen Ziele dieses Programmes vorliegt, gibt es doch in beiden Häusern des Kongresses Gruppen von Männern, die beträchtliche Einspa-

rungen an diesem Programm durchzusetzen beabsichtigen und zwar hauptsächlich bei den nichtmilitärischen Belangen. Mit diesen Reduktionen muß gerechnet werden.

3. Der Kongreß muß sich ferner mit dem *Problem der allgemeinen militärischen Ausbildung* der amerikanischen Jugend auseinandersetzen. Vor ein paar Monaten lag ein Gesetzesentwurf vor, der dieses Traktandum betraf, doch wurde die Entscheidung dadurch hinausgeschoben, daß eine Interimskommission gebildet wurde mit dem Auftrag, die Angelegenheit weiter zu prüfen. Die Frage, ob ein permanentes System der allgemeinen und obligatorischen militärischen Ausbildung eingeführt werden soll, wird jedoch noch im Laufe dieses Jahres entschieden werden.

4. *Die Wiederbewaffnung Deutschlands* ist seit dem letzten Herbst kein akutes Problem mehr gewesen, wird aber in allernächster Zeit wieder in den Vordergrund rücken. Es wurde an dieser Stelle schon früher darauf hingewiesen, daß diese Frage in die amerikanische Innenpolitik hineinspielt und in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung ist. Wie sie schließlich gelöst wird, hängt weitgehend von der Geschicklichkeit nicht nur der Diplomaten, sondern der politischen Führer in Washington ab und wird ihr Können auf eine harte Probe stellen.

Der Ausblick auf die Zukunft

zeigt also, daß die politischen Stürme, denen die amerikanische Außenpolitik ausgesetzt ist, eher noch zunehmen werden als abnehmen. Der Präsident wird in dieser aufgewühlten Zeit aus zwei Gründen in einer benachteiligten Lage sein: erstens ist seine eigene Popularität geschwunden und zweitens ist der fähigste Kopf seines Kabinetts, Staatssekretär Dean Acheson, die Zielscheibe der niederträchtigsten politischen Verfolgung, bei welcher Anhänger beider Parteien beteiligt sind.

Immerhin gibt es auch Grund zum Optimismus. Zwar war der Sturm um MacArthur sehr heftig und laut, hat aber, wie viele andere Orkane, erstaunlich wenig Zerstörung angerichtet. Im großen Ganzen hat das Volk der Vereinigten Staaten keine Neigung gezeigt, sich im Fernen Osten in sinnlose Abenteuer einzulassen; es wird ohne Zweifel den Waffenstillstand in Korea begrüßen, obwohl man kaum von einem richtigen Sieg reden kann. Und schließlich zeigt eine solide Mehrheit keinerlei Neigung, der UNO und dem Nordatlantikpakt den Rücken zu kehren. Kurzsichtige Sparmaßnahmen mögen vielleicht die Wirksamkeit einzelner Teile der Programme behindern oder sogar zeitweise lahmlegen. Es wird viel politischen Lärm geben, aber es scheint jetzt gerade doch sehr unwahrscheinlich, daß der neomodische Isolationismus die Nation von dem Weg abbringen kann, auf dem sie jetzt vorwärtsschreitet.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Englands militärische Bereitschaft

Englische Originalberichte von bestorientierter Seite ergeben folgendes Bild:

Der Streit um das persische Öl und die Möglichkeit unerfreulicher Entwicklungen im Mittleren Osten führen dazu, die Frage der militärischen Bereitschaft Englands neuerdings aufzuwerfen. Der Durchschnittsengländer hat normalerweise ein geringeres Interesse für militärische Fragen als der Schweizer. Er ist aber seit Beginn des Krieges in Korea und durch die Ereignisse der letzten Monate in verschiedenen Teilen der Welt etwas aufgerüttelt worden. Das steigende Interesse für die militärische Bereitschaft des Landes kommt in zahlreichen «Letters to the

Editor» in Tageszeitungen und Monatsschriften zum Ausdruck. Dabei werden Nachschubfragen in Korea, Pensionen für Offiziere, Drill, das neue Infanteriegewehr und die militärpolitische Lage mit gleicher Gründlichkeit behandelt.

Die militärpolitische Lage

Das Commonwealth, die Westunion, der Atlantikpakt und neuerdings die Sicherung des Mittelmeerraumes ergeben vielseitige Verpflichtungen, denen England genügen muß. Die Verteidigung des Inselreiches selbst ist, wie selten in der Geschichte, zu einer Frage ersten Ranges geworden. Regierung und öffentliche Meinung wissen, daß die Dringlichkeit und Wichtigkeit der verschiedenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht immer übereinstimmen. Harold MacMillan, Mitglied des Unterhauses, weist in seinem Artikel «The Commonwealth and Europe» («Daily Telegraph», 1. Juni 1951) auf die Schwierigkeiten hin, welche sich aus den zahlreichen Verpflichtungen ergeben. Er sagt u. a.: «Es versteht sich von selbst, daß die Stärke Europas, seine materiellen Reserven, Armeen, Flotten und Luftwaffen für die Sicherheit des Commonwealth von ausschlaggebender Bedeutung sind. England und das Commonwealth haben größtes Interesse an einem starken Europa. Aber wie steht es mit der Bereitschaft auf wirtschaftlichem Gebiet?» — Die zunehmende internationale Spannung hat die Labour-Regierung veranlaßt, ein Rüstungsprogramm aufzustellen, um die Stärke der See-, Land- und Luftstreitkräfte wesentlich zu erhöhen. Kriegsminister Strachey erklärte am 8. März 1951 vor dem Unterhaus: «Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet hat sich die geographische Lage unseres Landes geändert. Dies hat dazu geführt, uns den militärischen Systemen des Kontinents zu nähern und eine Reservearmee aufzustellen».

Die Armee (Regular Army und National Service Men)

Die Armee hat zwei Hauptaufgaben. Sie muß bereit sein, an irgend einer Stelle in kürzester Zeit militärische Operationen kleineren Ausmaßes zur Sicherung des Commonwealth oder seiner Verbindungen durchzuführen. Sodann muß sie die schweren Verpflichtungen Englands erfüllen können, falls sich der «kalte» Krieg in einen «heißen» verwandeln sollte.

Im Rahmen der ersten Aufgabe liegt der Unterhalt von Garnisonen wie im Mittleren Osten, in West-Afrika oder in Hongkong. Teile der Armee sind zur Zeit in Korea (Erste Commonwealth - Division) und Malaya (sechs Bataillone bekämpfen kommunistische Banden) in kriegerische Handlungen verwickelt. Die persische Ölkrise veranlaßte die Regierung, im Juni 1951 die 16. selbständige Fallschirmjäger-Brigade von Südengland nach Cypern zu verlegen. Die von Zeit zu Zeit in der Presse publizierten Verlustlisten erinnern die Öffentlichkeit immer wieder daran, daß für die englische Armee der Krieg nicht beendet ist und es auch nie war. Es ist selbstverständlich, daß Polizei- und Sofort-Aufgaben dieser Art erstklassige Truppen mit guter Ausbildung erfordern. Die reguläre Armee (die Berufsarmee) trägt naturgemäß die Hauptlast.

Die zweite Hauptaufgabe, die Bereitschaft für eine große Auseinandersetzung, kann nicht einer verhältnismäßig kleinen Berufsarmee überbunden werden. Das führte zum National Service (Allgemeine Wehrpflicht), einem Novum für England in Friedenszeiten. Der junge Engländer leistet zwei Jahre Dienst in Ausbildungslagern oder bei Truppenkörpern, deren Kader und zum Teil auch Mannschaften der regulären Armee angehören. Diese Ausbildungspflichten sind so vielseitig, daß der wirklich zur freien Verfügung stehende Teil der regulären Armee als zu klein empfunden wird. In einem Aufsatz über die Bestandeskrise in der Armee («Daily Telegraph», 25. Juni 1951) vertritt Generalleutnant H. G. Martin eine weitverbreitete Auffassung: «Bei der regulären Armee herrscht ein großes Manko. Ein-

schließlich Offiziere, Reservisten unter den Fahnen und durch besondere Vergünstigungen für eine kurze Dienstdauer verpflichtete bisherige Reguläre kommen wir auf etwas mehr wie 200 000 Mann, gegenüber 230 000 Mann des National Service. Nur die Regulären verfügen aber über die Erfahrung, die notwendig ist, um die Armeemaschine in Schwung zu bringen». — Im September 1950 versuchte die Regierung durch Erhöhung der Besoldungen die Bestandeskrise in der regulären Armee zu beheben. Aus verschiedenen Zeitungsnachrichten geht aber hervor, daß die nach der Solderhöhung erfreulich angestiegenen Rekrutierungsziffern (700 pro Woche) wieder besorgniserregend zurückgehen (unter 500 pro Woche).

Die Territorial Army (T. A.)

Vor dem Krieg war dieser Teil der Streitkräfte eine Freiwilligenorganisation zur Verteidigung der englischen Insel. Heute bildet sie einen wichtigen Teil der Armee zur Erfüllung der oben erwähnten zweiten Hauptaufgabe. Seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht besteht die T. A. aus Freiwilligen und den National Service Men. Nach Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht mit der regulären Armee müssen letztere während einiger Jahre kurzfristige Ausbildungskurse mit der T. A. absolvieren. Laut einer Veröffentlichung des Verteidigungsministeriums umfaßte die T. A. Ende März 1951 ca. 100 000 Freiwillige, welche in Wochenendkursen und kurzen Sommerlagern durch Angehörige der regulären Armee militärisch geschult werden. Im Rahmen der Anstrengungen zur Erhöhung der militärischen Bereitschaft erfolgt dieses Jahr ein zusätzliches Aufgebot von Reservisten zu fünfzehntägigen Kursen. Das «Canadian Army Journal» vom April 1951 gibt deren Zahl mit 235 000 an.

Die Royal Navy und die Royal Air Force

Sie sind beide selbständige Teile der englischen Wehrmacht mit eigenen Ministerien. Aus der Budget-Debatte im Frühjahr 1951 im Unterhaus ging hervor, daß beim Ausbau dieser beiden Gruppen das Schwergewicht der militärischen Anstrengungen bei der Royal Air Force liegt. Der Mannschaftsbestand der Kriegsflotte soll dieses Jahr ungefähr bei 150 000 bleiben, während er bei der Luftwaffe von 225 000 auf 270 000 Mann erhöht werden soll. Die Ende Juni 1951 in der Presse veröffentlichte Liste der Offiziersbeförderungen weist ebenfalls auf eine Erhöhung der R.A.F.-Verbände hin.

Die Ausrüstung der Armee

Es ist bereits auf das Rüstungsprogramm hingewiesen worden, welches eine Erneuerung und Verbesserung der Bewaffnung und Ausrüstung bringen soll. Kriegsminister Strachey gab im März 1951 vor dem Unterhaus, im Zusammenhang mit der Budgetvorlage, einige interessante Erklärungen ab. Die Armee habe den Fahrzeugbestand aus dem Krieg verbraucht und eine Neuausrüstung sei notwendig. Das alte Infanteriegeschütz werde durch ein rückstoßfreies Geschütz ersetzt. Der Centurion-Panzer habe sich in Korea sehr gut bewährt und seine Produktion werde erhöht. — Ein für die Ausrüstung der englischen Armee typisches Problem ist die angestrebte Standardisierung der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation der Truppen der Westmächte. In einem neuen Krieg ist die englische Armee möglicherweise auf Nachschub (Ersatzteile, Munition usw.) seitens der U.S.A. angewiesen. Deshalb wird in Parlament und Presse die Einführung eines neuen Infanteriegewehres so lebhaft diskutiert. Das aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammende Gewehr soll durch eine halbautomatische Waffe mit einem kleineren Kaliber von 7,1 mm, das sehr gute Eigenschaften haben soll, ersetzt werden. Die

«Times» vom 3. Juli 1951 sagt: «Einer der hauptsächlichsten Gegenstände besteht darin, daß die englische Armee ein Gewehr erhalten soll, das nicht mit den Gewehren anderer wichtiger und befreundeter Armeen standardisiert werden kann». — Verteidigungsminister Shinwell erklärte aber im Unterhaus, es bestehe die Möglichkeit der Einführung dieses Gewehres durch andere Länder. U. S. A. und Canada haben das gleiche Kaliber 7,62 mm, wie das bisherige englische Gewehr. Die Frage ist zur Zeit noch nicht entschieden.

Civil Defence

In einem Überblick über die Bemühungen Englands zur Verbesserung der militärischen Bereitschaft müssen auch die Anstrengungen zum Wiederaufbau des Civil Defence (Luftschutz) erwähnt werden. Nach Kriegsende baute England in ähnlicher Weise wie die Schweiz die vorzügliche Luftschutzorganisation ab. Jetzt ist man fieberhaft bemüht, den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe, Fernwaffen und Atomkrieg wieder zu organisieren. Von allen Plakatwänden rufen Schlagworte Männer und Frauen zur freiwilligen Dienstleistung im Civil Defence auf. In ihren Kursen bereitet die Stabsschule von Sunningdale nicht nur Luftschutzoffiziere, sondern auch Mitglieder ziviler Behörden auf ihre Aufgaben im Krieg vor. Interessanterweise umfaßt der Aufgabenkreis des Civil Defence nicht nur technische Fragen, sondern auch die Stärkung und Hebung der Moral der von Luftangriffen betroffenen Bevölkerung.

Zusammenfassung

England versucht seine militärische Bereitschaft zu verbessern, um wenn möglich einen neuen Krieg zu vermeiden. Das Schwergewicht dieser Anstrengungen scheint in der Ausrüstung der Armee mit modernem Kriegsmaterial, im Ausbau der Royal Air Force und im Wiederaufbau des Luftschutzes zu liegen. Dank der auch in Friedenszeiten beibehaltenen allgemeinen Wehrpflicht verfügt England, im Unterschied zur militärischen Bereitschaft von 1939, zum ersten Mal in seiner Geschichte über organisierte und ausgebildete Reserven. Infolgedessen würde in einem neuen Krieg die Anlaufzeit bis zur vollen militärischen Leistungsfähigkeit wesentlich verkürzt.

Miles

Die erste Voraussetzung für die militärische Stärke einer Nation ist, daß die Wirtschaft stark ist.

Feldmarschall Lord Montgomery